Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 15 / 4503

Die Chefin
der Staatskanzlei
des Landes
Schleswig-Holstein

10, Mai 2004

Vorsitzende
des Innen- und Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Monika Schwalm, MdL
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Änderung des Landesrundfunkgesetzes (LRG);

hier: Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 19. Mai 2004

Sehr geehrte Frau Schwalm,

mit Blick auf die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 19. Mai 2004, in der Fragen der Änderung des Landesrundfunkgesetzes behandelt werden sollen, möchte ich aus der Sicht der Landesregierung zu den beiden anstehenden Themen, welche die Absicherung der TV-Fensterprogramme und die Überlegungen zu einem Gütesiegel für Digitaldekoder betreffen, folgendes mitteilen:

1. Absicherung der TV-Fensterprogramme

Die medienpolitische Bedeutung einer authentischen regionalen Publizistik in allen Medienbereichen, vor allem auch im Fernsehen ist von der Landesregierung in Übereinstimmung mit allen Fraktionen zuletzt in der Landtagsdebatte vom 21. Januar 2004 herausgestellt worden. Angesichts von Zentralisierungs- und Globalisierungstendenzen in den Medien sind die landesspezifischen Regionalfenster der TV-Veranstalter unerlässlich.

Deshalb unterstützt die Landesregierung das Ziel des Vorschlags der CDU-Fraktion, die Regelungen im Landesrundfunkgesetz zu den Fensterprogrammen fortzuentwickeln (Drucksache 15/3162). Sie begrüßt

ferner, dass die Unabhängige Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien (ULR) diesen Vorschlag im Hinblick auf die Vorgaben des Rundfunkstaatsvertrages und gesetzestechnisch weiterentwickelt hat.

Andererseits bittet die Landesregierung den Innen- und Rechtsausschuss, die europarechtlichen und verfassungsrechtlichen Bedenken sorgfältig abzuwägen, die im Rahmen der schriftlichen Anhörung insbesondere durch das Gutachten im Auftrag der ProSiebenSat.1 Media AG und der RTL Television GmbH (Umdruck 15/4365) und in der Stellungnahme des Hans-Bredow-Instituts (Umdruck 15/4367) zu Recht ausgeführt und begründet worden sind. Die beiden Privatsender haben darüber hinaus inzwischen bei der Europäischen Kommission eine Beschwerde gegen das Niedersächsische Landesmediengesetz eingereicht, die sich vorbeugend auch gegen die gleich gelagerten gesetzgeberischen Pläne in Schleswig-Holstein richtet.

Mit Blick darauf schlägt die Landesregierung die aus den Anlagen ersichtlichen Änderungen des Landesrundfunkgesetzes vor, die § 21 Abs. 3 (neu) und außerdem § 17 Abs. 2 Satz 3 LRG betreffen. Diese Formulierungsvorschläge zielen darauf ab, die Risiken in Bezug auf die europarechtlich garantierte Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit sowie auf die verfassungsrechtliche Unternehmens- und Berufsfreiheit durch Herausstellung des kulturellen Zwecks dieser Vorschriften zu minimieren (vgl. Umdruck 15/4367).

Nach den anliegenden Formulierungen könnte ein Unternehmen für das Fensterprogramm zwar seinen Sitz außerhalb Schleswig-Holsteins haben. Dieses Unternehmen müsste dann jedoch nachweisen, dass die Authentizität des Schleswig-Holstein-Bezugs seines Fensterprogramms gleichwohl durch z. B. aktuelle Recherche, Redakteure und Kameras vor Ort gewährleistet ist.

2. Überlegungen zu einem Gütesiegel für Digitaldekoder

Mit Schreiben vom 8. April 2004 an die Vorsitzenden der Fraktionen, das auch der Ministerpräsidentin zur Kenntnisnahme zugeleitet worden ist, hat die ULR die Bitte geäußert, die gesetzlichen Grundlagen im Landesrundfunkgesetz dafür zu schaffen, dass die ULR ein Gütesiegel für Digitaldekoder vergeben kann.

Obgleich eine abschließende rechtliche Beurteilung dieses Anliegens dadurch erschwert ist, dass in dem kurzen Schreiben der ULR Einzelheiten des Vorhabens noch offen geblieben sind, bittet die Landesregierung den Innen- und Rechtsausschuss vor allem folgende grundlegende Fragen einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

Zweifel bestehen, ob der Gegenstand der Gesetzgebungskompetenz des Landes unterfällt. Die Verleihung eines Gütesiegels ist üblicherweise als Verbraucherschutzmaßnahme Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes nach Art. 74 Nr. 11 GG. Von dieser hat der Bund Gebrauch gemacht, in dem die Stiftung Warentest als Institut zur Durchführung vergleichender Waren- und Dienstleistungsuntersuchungen gegründet worden ist. Ihre Aufgabe ist die Herstellung von Markttransparenz, in dem sie die Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutz- und Gebrauchswertes sowie der Umweltverträglichkeit von Waren und Dienstleistungen unterrichtet.

Eine Gesetzgebungskompetenz des Landes könnte sich allein auf Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG und damit auf das Recht der Rundfunk- und Informationsfreiheit beziehen. Hierbei reichen allein ergonomische Fragestellungen nicht aus, eine Kompetenz des Landes zu begründen. Insbesondere für den Fall des hoheitlichen Handelns durch begünstigenden oder feststellenden Verwaltungsakt bedarf es belastbarer gesetzlicher Grundlagen. Hierfür wiederum ist es erforderlich, den Umfang der Prüfung und den Inhalt der Feststellungsentscheidung gesetzlich zu bestimmen. Die konkreten Kriterien müssten dann ggf. durch eine Verordnungsermächtigung anstelle der vorgeschlagenen Satzungsermächtigung rechtssicher gemacht werden. Für den Fall des fiskalischen Handelns der ULR müssten die Vorschriften der §§ 101 ff Gemeindeordnung analog in die Prüfung einbezogen werden.

Sollte die Möglichkeit einer Kompetenz des Landes zu erhärten sein, stellen sich weitere Fragen, die u. a. die Vereinbarkeit mit Europarecht, die Haftung der ULR und die diesbezügliche Gewährleistung des Landes, die Finanzierung sowie die etwaige Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Medienanstalten wegen der bundesweiten Wirkung des Handelns betreffen. Diese Problembereiche sind zu Recht auch im Medienrat der ULR erörtert worden.

Die Landesregierung regt deshalb an, eine Anhörung durchzuführen, an der insbesondere die Stiftung Warentest, der Verbraucherschutzverband, wiederum das Hans-Bredow-Institut, der Landesrechnungshof und selbstverständlich für die Geräteindustrie z. B. der Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) beteiligt werden sollten. Denn ein solches Gütesiegel wäre auf die Akzeptanz und die Zusammenarbeit mit der Geräteindustrie angewiesen. Im Rahmen dieser Anhörung könnten außerdem die von der ULR beauftragten Verfasser der verfassungs- und europarechtlichen Expertisen ihre Auffassungen zur Unbedenklichkeit des Vorhabens näher darlegen.

Unabhängig davon weist die Landesregierung darauf hin, dass es unproblematisch wäre, wenn die ULR im Rahmen ihrer bestehenden Kompetenz im Bereich der Medienforschung und Medienkompetenzförderung weiterhin und ggf. verstärkt sowie in Zusammenarbeit mit anderen Medienanstalten, auch mit der Stiftung Warentest, sogar regelmäßig, Untersuchungen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen zur Qualität von Geräten veranlasst, anregt oder unterstützt, die unabhängige wissenschaftliche Institute durchführen.

Ein Erfordernis weiterer Änderungen des Landesrundfunkgesetzes wird seitens der Landesregierung aktuell nicht gesehen. Sie sollen ggf. im Zusammenhang mit dem Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag geprüft werden, der zurzeit von den Ländern insbesondere im Hinblick auf die Rundfunkgebühr und die Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorbereitend diskutiert wird. Sobald ein erster Entwurf vorliegt, werde ich den Innen- und Rechtsausschuss informieren. Dabei soll die Entwicklung der Diskussion zum Vorschlag der EU-Kommission für eine „Dienstleistungs-Richtlinie im Binnenmarkt“ einbezogen werden. Hieraus könnten sich insbesondere Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich des Zulassungsverfahrens ergeben.

Mit freundlichen Grüßen

U. Wolff-Gebhardt

Synopse I zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes betr. Regionalfenster

§ 21 LRG

Freiheit und öffentliche Verantwortung des Rundfunks

Entwurf der CDU-Fraktion	Vorschlag der ULR	Vorschlag der Staatskanzlei
<p>§ 21 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:</p> <p>„(3) Die Veranstalter der zwei reichweitenstärksten bundesweiten Vollprogramme im Fernsehen, die in Schleswig-Holstein über terrestrische Frequenzen verbreitet werden, haben zur tagesaktuellen Darstellung der Ereignisse des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Schleswig-Holstein werktätlich außer an Sonnabenden jeweils ein landesweites Fensterprogramm mit einer Dauer von mindestens 30 Minuten einzurichten und dessen Finanzierung sicherzustellen.“</p>	<p>§ 21 wird folgender Absatz 3 angefügt:</p> <p>„(3) Die Veranstalter der beiden reichweitenstärksten bundesweiten Vollprogramme im Fernsehen, die in Schleswig-Holstein über terrestrische Frequenzen verbreitet werden, haben jeweils zur <u>aktuellen</u> Darstellung der Ereignisse des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Schleswig-Holstein (<u>Schleswig-Holstein-Bezug</u>) werktätlich außer an Sonnabenden im <u>Vorabendprogramm</u> ein landesweites Fensterprogramm mit einer Dauer von mindestens 30 Minuten einzurichten und dessen Finanzierung sicherzustellen. Der zeitliche Umfang des Schleswig-Holstein-Bezugs darf nicht geringer sein als der zum 01. Juli 2002. Soweit dies aus technischen Gründen nicht möglich ist, kann die Landesanstalt hiervon in der Zulassung abweichen. <u>Gestaltung und Produktion der Sendebeträge mit Schleswig-Holstein-Bezug müssen in Schleswig-Holstein erfolgen. Die technische Zusammenführung der Beiträge zu einer Sendung muss innerhalb des Gebiets erfolgen, für das das Fensterprogramm bestimmt ist.</u> § 25 Abs. 4 des Rundfunkstaatsvertrags und § 15 Abs. 3 bleiben unberührt.“</p>	<p>§ 21 wird folgender Absatz 3 angefügt:</p> <p>„(3) Die Veranstalter der beiden reichweitenstärksten bundesweiten Vollprogramme im Fernsehen, die in Schleswig-Holstein über terrestrische Frequenzen verbreitet werden, haben jeweils zur <u>aktuellen</u> Darstellung der Ereignisse des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Schleswig-Holstein (<u>Schleswig-Holstein-Bezug</u>) werktätlich außer an Sonnabenden im <u>Vorabendprogramm</u> ein landesweites Fensterprogramm mit einer Dauer von mindestens 30 Minuten einzurichten und dessen Finanzierung sicherzustellen. Der zeitliche Umfang des Schleswig-Holstein-Bezugs darf nicht geringer sein als der zum 1. Juli 2002. Soweit dies aus technischen Gründen nicht möglich ist, kann die Landesanstalt hiervon in der Zulassung abweichen. <u>Gestaltung, Produktion und studioteknische Abwicklung des Fensterprogramms haben den authentischen Schleswig-Holstein-Bezug zu gewährleisten.</u> § 25 Abs. 4 des Rundfunkstaatsvertrags und § 15 Abs. 3 bleiben unberührt.“</p>

Synopse II zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes betr. Regionalfenster

§ 17 LRG
Vorrangige Zulassung

Geltendes LRG	Vorschlag der Staatskanzlei	
<p>§ 17 Abs. 2 Satz 3: „Ergänzend kann in die Bewertung einbezogen werden, ob und in welchem Umfang die studioteknische Abwicklung des Programms in Schleswig-Holstein durchgeführt werden soll und in welchem Umfang der Antrag die Verpflichtung enthält, in Schleswig-Holstein Programmteile herzustellen, herstellen zu lassen oder die Entwicklung des privaten Rundfunks oder der Medienwirtschaft im Lande auf andere Weise zu fördern.“</p>	<p>§ 17 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung: „In die Bewertung wird einbezogen, in welchem Umfang die Gestaltung, die Produktion und die studioteknische Abwicklung eines vorgesehenen oder nach § 25 Abs. 4 Satz 1 des Rundfunkstaatsvertrages oder nach § 15 Abs. 3 dieses Gesetzes vorzusehenden Fensterprogramms den authentischen Schleswig-Holstein-Bezug gewährleisten.“</p>	